

(13.01.2016 – 27.01.2016)

# Grüner Pressespiegel

*Nicole Maisch, MdB*

## **27.01.2016 - Pelztiere: CDU blockiert den Tierschutz**

Zur Studie der Stiftung Warentest über nicht-deklarierte Pelze und zur Blockade-Politik der CDU erklärt Nicole Maisch, Sprecherin für Tierschutzpolitik:

Die Haltung von Tieren zur Pelzherstellung ist völlig unnötige Tierquälerei. Die große Mehrheit in Deutschland lehnt Kleidung aus Tierpelz ab – und will nicht durch falsche Kennzeichnungen getäuscht werden. Auf diese Regierung dürfen sie nicht hoffen: Obwohl Minister Schmidt Anfang Dezember in der Presse groß angekündigt hat, die Pelztierhaltung zu verbieten, ist er heute noch keinen Schritt weiter.

Kassiert hat das Verbot seine eigene Unions-Fraktion. Vor allem die Wirtschaftspolitiker aus der Union aber auch deren tierschutzpolitischer Sprecher Dieter Stier lehnen ein Verbot der Pelztierhaltung in Deutschland klar ab. Es ist ein Armutszeugnis für den Minister, dass seine eigenen Leute nicht hinter ihm stehen.

Gemeinsam mit den Tierschutzorganisationen fordern wir seit Jahren ein Verbot. Der Bundesrat hat bereits im Juli einen Gesetzentwurf zur Änderung des Tierschutzgesetzes beschlossen, in dem die Pelztierhaltung in Deutschland verboten werden soll. Jetzt muss endlich die Bundesregierung nachziehen. Neben dem Verbot der Pelzfarmen in Deutschland muss natürlich auch die Kennzeichnung importierter Pelze verbessert werden. Das machen auch die aktuellen Testergebnisse der Stiftung Warentest mehr als deutlich.

Verbraucher müssen konsequent vor Täuschung geschützt werden. Außerdem müssen die Tierart, das Herkunftsland und die Art der Haltung klar benannt werden. Wenn Teile einer Jacke oder Mütze aus Fell sind, das von einem in China oder Russland in einem kleinen Gitterkäfig gehaltenen Fuchs stammt, müssen Verbraucherinnen und Verbraucher auch genau das erfahren. Die Bundesregierung muss sich ein Beispiel an der Schweiz und Österreich nehmen, wo es deutlich bessere Kennzeichnungsregelungen und ein Haltungsverbot für Tiere zur Pelzherzeugung gibt.

*Karin Müller, MdL*

## **26.01.2016 - Barrierefreie S-Bahn-Stationen in Südhessen: Mobilität für alle**

Die GRÜNE Landtagsfraktion freut sich über den heute angekündigten Umbau der Bahnstationen an der Strecke von Mannheim über Biblis nach Groß-Rohrheim. „Das Land fördert den barrierefreien Zugang zu fünf hessischen Stationen“, erklärt die die

verkehrspolitische Sprecherin, Karin Müller erfreut fest. „Insgesamt geht der barrierefreie Ausbau der S-Bahn-Stationen zügig voran. Hessen ist damit auf einem guten Weg, Mobilität für alle zu realisieren.“ Bereits bis Ende 2017 werden die Stationen für den Betrieb mit modernen S-Bahnen und Regionalexpress-Zügen geeignet sein.

„Die bessere barrierefreie Verbindung von der Bergstraße nach Mannheim wird das Zusammenwachsen der Metropolregionen Rhein-Main und Rhein-Neckar fördern“, freut sich Karin Müller.

Hessen beteilige sich am Projekt der Deutschen Bahn und dem Verkehrsverbund Rhein-Neckar (VRN) mit insgesamt fünf Mio. Euro. Mit den Mitteln werde der Ausbau der auf hessischem Gebiet liegenden Stationen Lampertheim, Bürstadt, Bobstadt, Biblis und Groß-Rohrheim finanziert. Damit werde der hessische Teil des Projekts S-Bahn Rhein-Neckar im Wesentlichen fertiggestellt sein.

*Nicole Maisch, MdB*

## **26.01.2016 - Schulesen: Teure Werbekampagne statt echter Verbesserung**

Zur „Qualitätsoffensive für Kita- und Schulesen“ von Ernährungsminister Schmidt, erklärt Nicole Maisch, Sprecherin für Verbraucherpolitik:

Diese Kampagne ist eine Luftnummer. Statt anzupacken und einen vernünftigen politischen Rahmen zu setzen, schiebt Minister Schmidt die Verantwortung den Eltern zu.

Es reicht nicht Muster-Beschwerdebrieve an die Kommunen und Schulträger vorzuformulieren. Denn mit der Beantwortung der Elternbriefe und der tatsächlichen Verbesserung des Kita- und Schulesens lässt Minister Schmidt die Akteure vor Ort alleine.

So wurde die Finanzierung der wichtigen Vernetzungsstellen Schulverpflegung in den Bundesländern für alle zusammen in diesem Haushaltsjahr auf lächerliche 290.000 Euro eingedampft.

Statt seinen Teil zu besserem Schulesen beizutragen, nervt Christian Schmidt zudem Ernährungsexpertinnen und -experten mit der Forderung nach einem eigenen Schulfach Ernährung. Namenhafte Ökotrophologinnen wenden sich in einem Brandbrief an den Minister, mit der Bitte, die Forderung nach einem eigenen Schulfach Ernährung einzustellen, da die Forderung zum „derzeitigen Stand kontraproduktiv und evtl. sogar schädlich“ wäre.

Richtig ist, dass eine gesunde Ernährung zu den Grundkompetenzen gehört, die auch in den

öffentlichen Bildungs- und Erziehungseinrichtungen zu vermitteln sind. Die Verankerung von Ernährungsbildung ist allerdings eine wichtige Querschnittsaufgabe, die in unterschiedlichen Fächern und auch im schulischen Raum außerhalb des Fachunterrichts erfüllt werden muss.

Hintergrund: Den Brandbrief der Ökotrophologinnen finden Sie [hier](#).

#### *Kreisverband*

### **18.01.2016 - Grün steht Dir, Kassel – Unsere Stadt dynamisch gestalten**

Die Stadt Kassel hat in den letzten Jahren eine beeindruckende Entwicklung erlebt: Dynamischste Stadt in Deutschland, Weltkulturerbe Bergpark Bad Wilhelmshöhe, Einweihung der Grimmwelt und eine documenta, die international neue Maßstäbe gesetzt hat. Dazu eine außerordentliche Entwicklung an der Uni Kassel, die maßgeblich zum bundesweit renommierten Forschungsstandort für erneuerbare Energien beiträgt. Am Hauptbahnhof wird das IWES Fraunhofer Institut sein neues Firmengebäude beziehen. Und auch die Kasseler Einwohner sind aktiv: die Bürgerenergiegenossenschaft ist solide und erfolgreich aufgestellt. Zahlreiche Projekte im kulturellen Bereich oder Initiativen der Jugend haben Kassel bundesweit hervorragend vertreten.

Diese Erfolge gilt es fortzuführen. „Gerade im Arbeitsmarkt und bei der Ansiedlung von Unternehmen haben weiche Standortfaktoren wie kulturelle Angebote und Familienfreundlichkeit heute an Bedeutung gewonnen.“ sagt Dieter Beig, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Kasseler Rathaus. „Kassel ist bei diesen Themen sehr gut aufgestellt. Kinderbetreuung, Schulangebote, Freizeit- und Kultureinrichtungen sowie das regionale Umfeld machen Kassel zum attraktiven Wohnort und Lebensmittelpunkt. Eine gutes städtisches Umfeld sind die besten Argumente, um dem sich abzeichnenden Fachkräftemangel zu begegnen. So werden wir auch zukünftig ein besonderes Augenmerk auf den Übergang von Schule und Beruf legen.“

Das Wahlprogramm der Kasseler Grünen benennt die politischen Aufgaben für die nächsten fünf Jahre. „Die Stadt wächst und verändert sich. Dies macht die aktuelle Einwohnerzahl mehr als deutlich: 200.000 Menschen in der Stadt Kassel. Das hat vor fünf Jahren niemand vorausgesehen.“ sagt Koch. „Die Projekte der biologischen Vielfalt verbinden Umweltschutz mit einer außerordentlichen Lebensqualität in einer Großstadt.“ sagt Eva Koch, Spitzenkandidatin der Grünen Liste für die Kommunalwahl. „Grünflächen, Parks wie das Buga-Gelände und besonders die Blühflächen beleben das Stadtbild. Kassel hat ein einzigartiges städtisches Flair, das mit dem Boulevard Friedrich-Ebert-Straße noch hinzugewonnen hat. Auch der zunehmende Anteil der leisen

Verkehrsteilnehmer\*innen, die sich zu Fuß oder auf dem Rad durch die Stadt bewegen, trägt dazu bei.“

„Fragen und Projekte der Stadtentwicklung, des privaten und des öffentlichen Wohnungsbaus sowie wichtige Verkehrsprojekte wollen wir Grüne weiterhin mit den Menschen in der Stadt und vor Ort in den Beiräten diskutieren.“ sagt Beig. „Die Flächen innerhalb der Stadtgrenzen sind nahezu ausgeschöpft. Nun gilt es vor allem Brachflächen neu zu entfalten und innerstädtische Entwicklung mit Augenmaß zu betreiben. Erfolgreiche Ansätze wie das Entwicklungskonzept für den Kasseler Osten oder der Verkehrsentwicklungsplan 2030 bestärken uns darin, auf dem richtigen Weg zu sein.“

„Zugleich bedürfen die kreative und kulturelle Umgebung sowie die Interessen und Räume der Jugend unserer besonderen Aufmerksamkeit. Der Boom der Stadt Kassel ist nicht zuletzt durch die Initiative und das Engagement der Menschen entstanden. Auch hier ist die Fortsetzung der Bürgerbeteiligung besonders wichtig.“ sagt Koch. „Freizeitangebote zum Beispiel in Sportvereinen und bei den Freibädern haben wir erfolgreich mit den Bürgerinnen und Bürgern entwickelt. Diese Angebote zählen für uns auch zu den attraktiven Standortfaktoren, die wir weiterhin fördern möchten. Nur so bekommen wir eine lebendige Stadt für alle Einwohner.“

#### *Rathausfraktion*

### **15.01.2016 - Zivilcourage statt Selbstjustiz**

„Die Bürgerwehr, die wir brauchen, heißt Zivilcourage und nicht Selbstjustiz“, sagt Boris Mijatovic, integrationspolitischer Sprecher der grünen Rathausfraktion. „Wer heute mit der Angst vor Kriminalität eine Bürgerwehr gründet, ebnet den Weg für eine Vielzahl anderer Probleme. Rechtsextreme nutzen diese Stimmung, um ihre politischen Ziele durchzusetzen. Das Gewaltmonopol muss beim Staat und deren legitimierten Einrichtungen verbleiben. Sonst ebnen wir Willkür, Gewalt und Selbstjustiz den Weg.“

Die Ereignisse von Köln verurteilen die Kasseler Grünen auf das Schärfste. „Es steht außer Frage, dass wir Übergriffe auf Frauen und viele weitere Gewaltdelikte nicht dulden und strafrechtlich verfolgen müssen“, sagt Mijatovic. „Die Hilfe der Bürgerinnen und Bürger besteht aber darin, solche Situationen nicht zu ignorieren. Zahlreiche auch bundesweite Beispiele der letzten Jahre zeigen: Zivilcourage ist ein Zeichen gegen Gleichgültigkeit und des persönlichen Mutes. Dies gilt es weiter zu fördern. Und nicht auf Bürgerwehren mit fraglichem Hintergrund und Ziel zu setzen.“